

Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen

1) Zuständigkeit für das Planen und Bauen innerhalb der Landesregierung

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Mit der aktuellen Ressortaufteilung und der hauptsächlichen Zuständigkeit für den Bereich Wohnungsbau und Städtebau durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) haben wir in dieser Legislaturperiode gute Erfahrungen gemacht und konnten eine erfolgreiche Bilanz in der Wohnungspolitik erzielen. Insbesondere mit Blick auf Ressourceneffizienz und Flächenverbrauch birgt diese Zusammenlegung von Umwelt und Bauen gute Chancen. Dabei hat die Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts der Landesregierung reibungslos funktioniert und es konnten Schnittstellen gut miteinander bearbeitet werden. Daher stehen wir einer weiteren Einbindung des Bereichs Wohnungs- und Städtebau im o.g. Ministerium positiv gegenüber. Zu einer namentlichen Einbindung in der Ministeriumsbezeichnung mit einem entsprechenden Begriff aus dem Bereich Wohnungsbau, Städtebau u.dgl. sind wir Gesprächsbereit.

2) Landesentwicklung programmatisch betreiben

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Das durch uns im Landesentwicklungsplan verankerte Ziel zur Flächenreduktion von 2,5 Hektar ist nur ein Zwischenschritt. Unser langfristiges Ziel ist Netto-Null beim Flächenverbrauch, dem wir uns sukzessive annähern wollen. Deshalb wollen wir uns in der Landes- und Regionalplanung für eine weitere Reduzierung des Flächenverbrauchs einsetzen. Außerdem wollen wir Kommunen bei ihrem Flächenmanagement unterstützen und ihnen zudem Anreize für Verbesserungen des innerstädtischen Klimas und des Baumbestands geben. Dabei achten wir weiter auf die ausgewogene Balance, die es bei der notwendigen Schaffung von Wohnraum in Ballungsgebieten zu halten gilt. Hier sind kluge Lösungen gefragt, die auch die Aufstockung von Gebäuden und Wiedernutzung brachliegender Flächen und gleichzeitig den Erhalt von innerstädtischen Erholungs- und Grünflächen in den Blick nehmen. Im ländlichen Raum wollen wir dagegen dem innerörtlichen Leerstand mit gezielten Programmen entgegenwirken. Die Idee des Handels mit Flächenzertifikaten begleiten wir positiv und prüfen die Umsetzungsmöglichkeiten auf Landesebene.

Kooperation und dezentrale Konzentration, worauf das Zentrale-Orte-Konzept (ZOK) im Landesentwicklungsplan zielt, werden angesichts des Strukturwandels gerade für den ländlichen Raum in Zukunft überlebenswichtig sein. Viele Aufgaben wie Müllentsorgung, Energieversorgung oder Personennahverkehr können in interkommunaler Zusammenarbeit besser erfüllt werden. Überprüft werden muss, ob und wie das ZOK als Instrument zur Sicherung der Daseinsvorsorge in Zukunft fungieren kann. Daher wurde es aus der Modernisierung des LEP

2025 herausgelöst und soll Bestandteil des zu erarbeitenden LEP 2030 sein. Dies wollen wir in der nächsten Legislaturperiode angehen.

3) *Szenarien für die Metropolregion entwerfen sowie Stärkung vitaler Gemeinden als Identitätsanker in den ländlichen Regionen Hessens*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Für Hessen sind intakte Strukturen und Beziehungen zwischen Dörfern und Städten sowie den Metropolregionen notwendig, denn eine gemeinsame Entwicklungsperspektive schafft mehr Chancen für beide Seiten. Deshalb wollen wir erreichen, dass sich die Metropolregionen besser mit den ländlichen Regionen vernetzen und voneinander profitieren. Im ländlichen Raum können mutige neue Modelle fürs Wirtschaften und Zusammenleben erdacht und erprobt werden – wie es mancherorts bereits geschieht – und diese als Vorbildfunktion für andere Regionen und auch Metropolen dienen. Eine Ausbalancierung des Kräfteverhältnisses zwischen dem ländlichen Raum und den wachsenden, urbanen Zentren wird sich positiv auf ganz Hessen auswirken: auf den sozialen Frieden, die Umwelt und die Wirtschaft. An den Beispielen Energiewende und Arbeitsplätze wird dies deutlich:

Gerade die Kommunen im ländlichen Raum können Vorreiter einer dezentralen Energiewende in Bürgerhand werden. Auf dem Land findet die Energieerzeugung aus Wind, Sonne und nachwachsenden Rohstoffen statt. Wir unterstützen Projekte zur dezentralen Energieerzeugung und zum Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektro-Fahrzeuge. In einer Kommune, die sich zum großen Teil selbst mit Strom und Wärme versorgt, profitieren die Bürger mehrfach: Sie werden unabhängig von den steigenden Öl- und Gaspreisen, wodurch die Energieversorgung langfristig günstiger wird. Sie können zu viel erzeugte Energie gewinnbringend verkaufen oder Land für den Bau von Anlagen verpachten. Die örtliche Wirtschaft kann einen Aufschwung erleben. Mit den Einnahmen, die mit dem Strom aus Sonne, Wind und Biomasse erwirtschaftet wurden, können ganze Stadtteile oder Dörfer saniert werden.

Das Pendeln zum Arbeitsplatz im Ballungsraum belastet die betroffenen Menschen und deren Familien, erhöht den Schadstoffausstoß, verstopft und verdreckt die Städte und verursacht hohe Kosten. Um ein wohnortnahes Arbeiten zu fördern, werden wir neben dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsverbindungen und dem flächendeckenden Breitbandausbau weitere Maßnahmen ergreifen:

- Wir verlagern weitere Teile von Landesverwaltungen in den ländlichen Raum und schaffen dezentrale Co-working-spaces: Beschäftigte aus verschiedenen Verwaltungen arbeiten an manchen Tagen in gemeinsamen Büros, die in Mittelzentren auf dem Land angesiedelt sind. In den Hessischen Verwaltungen wird die Anzahl der Home-office-Arbeitsplätze außerdem ausgebaut.
- Für Pendler wollen wir gute Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs in die Ballungsgebiete und klimafreundlichen Verkehr innerhalb des ländlichen Raums durch den Ausbau/Erhalt des öffentlichen Nahverkehrs ermöglichen, Park&Ride-Konzepte entwickeln, die Unterstützung von kreisübergreifendem Busverkehr verstärken, Sanierung und Erhalt von Bahnhöfen vorantreiben sowie die Aktivierung stillgelegter Bahnstrecken prüfen.

4) *Den öffentlichen Raum als Ort der Bürgergesellschaft schützen*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Für uns GRÜNE ist es wichtig, dass beim Bau neuer Wohnungen auch der Fokus auf die Wohn- und Lebensqualität in den Städten und Kommunen gelegt wird. Denn beim derzeitigen Druck auf dem Wohnungsmarkt besteht die Gefahr, dass durch eine ungesteuerte Ausweisung neuer Flächen und Wohnquartiere die Aspekte einer nachhaltigen Quartiersentwicklung nicht genügend Berücksichtigung finden. Angefangen bei der Architektur mit den Erfordernissen, die Energiekosten so gering wie möglich zu halten bis hin zu einer lebenswerten Quartiersgestaltung mit zukunftsweisende Mobilitätskonzepte und der sozialen Infrastruktur. Unser Leitbild ist eine nachhaltige Kommune mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum für alle in allen Stadtteilen, die Lebensqualität bietet: mit öffentlichen Aufenthaltsplätzen, wo ein soziales Miteinander möglich ist, ohne etwas konsumieren zu müssen. Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege, eine gute soziale und ökonomische Infrastruktur mit Kitas, Schulen und Geschäften im Quartier. Das soll mit dem neuen integrativen Ansatz von Städtebauförderung und Förderung des sozialen Wohnungsbaus gelingen, der unter Punkt 7 genauer beschrieben wird.

Um die öffentliche Sicherheit gewährleisten zu können, kann die Gestaltung von Plätzen und Straßen, die Beleuchtungssituation, die Beseitigung von „dunklen, nicht einsehbaren Ecken“ aber auch der punktuelle Einsatz der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen einen Beitrag leisten. Wir lehnen jedoch eine massenhafte Überwachung ebenso ab, wie die derzeit erprobte intelligente Videoüberwachung. Gegenüber neuen technischen Lösungen zur Verbesserung der Sicherheit zeigen wir uns aufgeschlossen. Dabei ist für uns wichtig, dass die Wirksamkeit angestrebter Maßnahmen durch wissenschaftliche Studien oder durch die Auswertung der Wirksamkeit in anderen Ländern und Bundesländern evaluiert wird.

5) *Gesellschaftlichen Zusammenhalt durch qualitätvollen und bezahlbaren Wohnungsbau fördern*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE wollen, dass sich alle Menschen in Hessen mit gutem und bezahlbarem Wohnraum versorgen können. Wir wollen, dass genügend Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden. Aktuell sind bis 2020 1,7 Milliarden Euro an Darlehen und Zuschüssen vorgehalten. Wir wollen die Fördersumme auf 2 Milliarden Euro anheben und dabei den Zuschussanteil in Kombination mit spezifischen Bindungen vergrößern. Mit diesen Fördermitteln können rund 20.000 Wohnungen für insgesamt 60.000 Menschen gebaut werden. Auch in Zukunft soll es weiterhin so sein, dass kein Projekt für sozialen Wohnungsbau vor Ort scheitert und kein Antrag auf Neubau geförderter Wohnungen wegen Geldmangels abgelehnt wird.

Wir werden uns auch dafür einsetzen die „klassischen“ Träger des sozialen Wohnungsbaus, die sich öffentlichen Aufgabenstellungen verpflichtet fühlen, und insbesondere die Gesellschaften, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befinden, noch stärker in die Aufgabe der Schaffung von preiswertem Wohnraum einzubinden und entsprechend zu fördern. Eine wich-

tige Rolle spielen diejenigen Investoren, die nicht nur Wohnungen bauen, sondern diese auch nach Fertigstellung in ihrem Bestand erhalten.

Aufgrund unserer immer vielfältigeren Gesellschaft mit unterschiedlichen Ansprüchen an das Wohnen gibt es immer mehr Aktivitäten im genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Bereich, beispielsweise durch Senioren-WGs, Projekte mit gemeinsamem Wohnen von Jung und Alt . Hier übernehmen Menschen nicht nur eine Wohnung, sondern auch Verantwortung für die Gemeinschaft und das gute Zusammenleben im Quartier oder im Dorf. Wir wollen, dass diese neuen Ansprüche auch politisch anerkannt und unterstützt werden.

Daher wollen wir, dass Bedürftige über die soziale Wohnraumförderung Zuschüsse zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen erhalten können. Wir finden auch, dass bei der Ausschreibung von Landesliegenschaften nicht nur ein Anteil für Sozialwohnungen bereitgestellt werden soll, sondern auch für genossenschaftliches, gemeinschaftliches und experimentelles Wohnen. Wir wollen außerdem die Wohnraumförderrichtlinien im Hinblick auf die Förderung von genossenschaftlichem und gemeinschaftlichem Wohnen überarbeiten, so dass dabei auch gemeinschaftlich genutzte Räume förderfähig sind. Um all diese neuen Ideen besser zu bündeln, wollen wir eine Landesberatungsstelle für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnformen einrichten.

6) *Liegenschaftspolitik vorausschauend betreiben*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir stehen für eine kluge Innenentwicklung und wollen den Ausbau von noch mehr Wohnsiedlungen auf der grünen Fläche vermeiden. Die Novelle der Hessischen Bauordnung hat bereits eine Erleichterung für die Aufstockung von Gebäuden geschaffen und auch die Baulandoffensive unterstützt Kommunen dabei, Flächen für Wohnraum zu mobilisieren. Diese bietet hilfreiche Unterstützung bei der Suche nach Bauland für bezahlbaren Wohnraum und wird derzeit von Kommunen aktiv in Anspruch genommen, um Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Auf dieser guten Nachfrage wollen wir aufbauen und im Rahmen der Baulandoffensive ein öffentlich zugängliches Flächenkataster für Kommunen einrichten. Damit bekommen alle Kommunen und die Bauträger die Möglichkeit, die geeigneten freien Flächen für den Bau von Wohnquartieren und der entsprechenden Infrastruktur zu erfassen und entsprechend zielgenauer zu planen. Neue Wohnflächen können zudem auch generiert werden, wenn flächenintensive Gebäude wie etwa Supermärkte auch für Wohnungen genutzt werden, etwa durch entsprechende Aufbauten.

7) *Quartiersbezogene Ansätze der Energiewende - Klimaschutz ganzheitlich betrachten*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE in Hessen haben ein ehrgeiziges Ziel: wir wollen klimaneutrales Bundesland werden. Weil Klimaschutzpolitik nur dann erfolgreich ist, wenn sie ein Konzept für alle klimarelevanten Bereiche verfolgt, heißt ganzheitlicher Klimaschutz für uns in Hessen, neben Strom und Wärme auch Verkehr, Landwirtschaft, Bodenschutz, Städteplanung, Abfall und Abwasser in den Blick zu nehmen.

Dafür wurden im „Integrierten Klimaschutzplan Hessen“ 140 konkrete Maßnahmen, sowohl für die Eindämmung des Klimawandels als auch für die Klimaanpassung in unseren Städten und ländlichen Gebieten erarbeitet. Mit 140 Millionen Euro für die 42 prioritären Maßnahmen ist die Umsetzung bereits voll im Gange. Diese wollen wir auch in den nächsten Jahren weiter vorantreiben.

Bei der Frage der Genehmigung von Windkraftanlagen durch Landesbehörden treten wir dafür ein, Naturschutz stärker integriert zu betrachten. Oft wird verkannt, dass die Hauptgefahr für bedrohte Vögel und andere Arten nicht die Windräder, sondern Verkehr und Landwirtschaft sind. Diese Zusammenhänge müssen stärker in den Blick genommen werden, um angemessene Lösungen für den Artenschutz zu finden. Wir wollen Pilotprojekte initiieren, bei denen Gefährdungsquellen und Schutzmöglichkeiten integriert betrachtet werden. Wir werden Naturschutz und Energiewende aber nicht gegeneinander ausspielen: Mit uns wird es weiterhin keinen Zubau von Windkraft geben, wenn geschützte Bestände gefährdet werden. Auf Bundesebene kämpfen wir für den verbindlichen Ausstieg aus der Kohleverstromung, um die Energiewende zum Erfolg zu führen und die Klimaschutzziele zu erreichen und für eine bessere Steuerung durch den Preis von klimaschädlichem CO₂.

Wir wollen eine ökologische Quartiersentwicklung etablieren, um einen Mehrwert für die Biodiversität und den Klimaschutz durch sinnvollen, ökologischen Städtebau zu erreichen. Dies soll dazu beitragen, ein gutes Kleinklima zu erzeugen und die Klimafolgen in den Städten zu begrenzen. Dafür sollen die Förderprogramme des Landes für den sozialen Wohnungsbau und die bisherigen Programme der Städtebauförderung (insbesondere „Zukunft Stadtgrün“, „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „Aktive Kernbereiche“ und „Stadtumbau“) stärker in einem integrativen Ansatz miteinander verzahnt werden, um gleichermaßen bei bestehenden Wohnquartieren wie auch bei Neubauten alle Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung der Kommunen berücksichtigen zu können.

Durch dieses neue Angebot sollen ökologisch sinnvolle, ressourcenschonende und sozial ausgewogene Quartiere entstehen. Sicher kann nicht jede Versiegelung durch die gleiche Fläche Grün ausgeglichen werden. Es ist aber möglich, mit einem integrierten Ansatz die ökologische Qualität durch Grünwände, Baumpflanzungen, Biotope und Gründächer deutlich zu verbessern. Ein gutes Beispiel gibt es bereits in Marburg: dort können Hauseigentümer über ein Gründachkataster kostenlos und ohne großen Aufwand prüfen, wie hoch die Eignung ihres Gebäudes für ein Gründach ist.

8) *Digitalisierung des Planungs- und Bauwesens mit Augenmaß betreiben*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Die Erleichterungen bei Bauanträgen in der Novelle der Hessischen Bauordnung durch ein digitales, papierloses Verfahren unterstützen wir und wollen diese entsprechend so weiter entwickeln, dass Genehmigungsverfahren beschleunigt und unter bestimmten Voraussetzungen komplett elektronische Baugenehmigungsverfahren ermöglicht werden.

Eine Einführung von Building Information Modeling (BIM) ist zwar aus der Sicht öffentlicher Bauherren nachvollziehbar. Jedoch fürchten wir, dass dies eher die größeren Architekturbüros leisten können und die mittelständische Architektur-Bürostruktur nicht nachziehen kann.

Daher muss diese Digitalisierung in der Tat mit Augenmaß betrachtet und sorgfältig abgewogen werden.

9) *Staatliche Zuschussförderung an Qualitätskriterien binden*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Städtebauliche Wettbewerbe sind eine gute und hilfreiche Methode, die wir auch weiterhin unterstützen. Eine verpflichtende Verordnung sehen wir dabei nicht als sinnvoll an, da gerade für kleinere Städte und Gemeinden hier die Verhältnismäßigkeit für diese oft großangelegten Wettbewerbssituationen nicht gegeben ist.

Über die Hessische Baulandoffensive werden aktuell Machbarkeitsstudien entwickelt, die insbesondere die Flächenplanung für Innenverdichtung und neue Wohngebiete beinhalten. Damit ist ein erster wichtiger Baustein gelegt, den wir weiter entwickeln wollen.

Politische Entscheidungen für Bauprojekte sollten nach unserer Auffassung nicht verknüpft werden mit planerischer Projektbearbeitung.

10) *Faire Auftragsbedingungen im öffentlichen Auftragswesen gewährleisten*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir wollen Transparenz zu Vergaben gewährleisten, indem Daten zu abgeschlossenen Vergabeverfahren einschließlich von Daten zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten als Open Data öffentlich zugänglich sind. Dies ermöglicht nicht nur der Öffentlichkeit, sich ein Bild über die Fortschritte einer nachhaltigen Beschaffungsstrategie zu machen, sondern lässt auch potentielle Lieferanten erkennen, dass Angebote nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen wirtschaftlich attraktiv sind.

Durch die Neugestaltung des Hessischen Tariftreue- und Vergabegesetz haben wir alle Unternehmen und ihre Subunternehmen, die in Hessen öffentliche Aufträge erhalten wollen, verpflichtet, die Tarifbedingungen ihrer Branche einzuhalten. Das Land berücksichtigt ökologische und soziale Kriterien bei seinen Auftragsvergaben, die Kommunen können sie zum Teil ihrer Ausschreibungen machen. Das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) wollen wir wie vereinbart evaluieren und dabei insbesondere die weiterhin hohen hessischen Vergabegrenzen, die Wirksamkeit der Tariftreue Regelungen und deren Kontrollmöglichkeiten sowie die auf Nachhaltigkeit bezogenen Bestimmungen des HVTG weiterentwickeln.